



Zukunftsprogramm für Bayerns Wirtschaft

Weltspitze, Innovationstreiber und Wohlstandsgarant: Unser
Programm für eine zukunftssichere Bayerische Wirtschaft

Stand: 26. September 2023



Prolog

Ein starker Wirtschaftsstandort Bayern sichert Arbeitsplätze und individuelle Aufstiegschancen, Wachstum und Wohlstand. Eine starke Wirtschaft ist auch die Grundlage für alle staatlichen Ausgaben und einen starken Sozialstaat. Was verteilt werden soll, muss erst erwirtschaftet werden.

Aktuell zeigen zahlreiche Wirtschaftsdaten – insbesondere die abnehmende Produktivität –, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Auch die Stimmung im Mittelstand ist ein Alarmsignal. Unternehmen überlegen sich Investitionen bei uns zuhause in Bayern sehr genau – angesichts hoher Steuern, knapper Arbeitskräfte, hoher Energiekosten und ausufernder Bürokratie sind Standorte im Ausland oft attraktiver. Unternehmertum, vom Handwerk über unsere breite mittelständische Basis bis hin zur Industrie, vom Landwirt bis zum Familienbetrieb, verdient mehr Anerkennung für sein Engagement vor Ort und braucht bessere Rahmenbedingungen.

In den letzten fünf Jahren hat die Bayerische Staatsregierung zu wenig dafür getan, dass wir auch in den nächsten Jahren die besten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft im Freistaat haben. Vielmehr wurde fast nur von der Substanz gelebt. Das Resultat ist eine ungesicherte Energieversorgung, ein alarmierender Arbeitskräftemangel in vielen Branchen, immer mehr ausufernde bürokratische Hürden sowie mangelnde Investitionsimpulse. Die FDP Bayern will das ändern! Mit dem folgenden „Zukunftsprogramm für Bayerns Wirtschaft“ verschaffen wird unserer heimischen Wirtschaft neuen Wind unter die Segel und sichern den Wohlstand für Alle.

1. Steuer- und bürokratiearme Experimentierräume für die Wirtschaft schaffen

Wir wollen in Bayern Freiheitszonen für Unternehmen einrichten. In diesen Bereichen sollen günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gelten, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern. Dazu gehört:

- a. insbesondere eine möglichst niedrige Steuerbelastung, aber auch eine schnelle, digitale, englischsprachige Verwaltung.
- b. Entscheidend ist zudem eine gute Infrastruktur – zum Beispiel in Bezug auf Verkehrsanbindung, Breitbandinternet, Wohnraum, Kinderbetreuung und Freizeiteinrichtungen.

- c. Die Unternehmen in Bayern benötigen grundsätzlich günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Für Unternehmensgründungen gilt das in verstärktem Maße.
- d. So können auch außerhalb der Zentren großer Städte attraktive Hubs für ein innovatives, internationales Publikum entstehen, das unsere Kommunen wiederbelebt.
- e. Anleihen aus beispielsweise Polen zeigen, dass die partielle Befreiung von der Körperschaftsteuer und der Immobiliensteuer sowie das Angebot attraktiver Grundstücke, die für eine Gewerbetätigkeit überlassen werden, funktionierende Investitionsanreize sind. Dafür werden wir uns auch in Bayern einsetzen.

2. Betriebe von Bürokratie entlasten

Bayerische Betriebe ersticken aktuell im Bürokratiewust. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln alles bis ins letzte Detail. Für die Wirtschaft entstehen dadurch Kosten in Milliardenhöhe. Bundesjustizminister Buschmann hat mit seinem Bürokratieentlastungsgesetz vorgemacht, wie klug und umsichtig der Bürokratiedschungel gelichtet werden kann. Die Zeit ist überreif, dies auch in Bayern zu tun. Gemeinsam mit unseren Unternehmen müssen wir für radikalen Bürokratieabbau sorgen – die Rezepte dafür liegen schon lange auf dem Tisch, diese sind beispielsweise:

- a. Eine zeitnahe Befragung der bayerischen Unternehmen für eine Bestandsaufnahme zu den kostenintensivsten bürokratischen Lasten.
- b. Gesetze und Rechtsverordnungen sollen befristet werden (Sunset-Klausel).
- c. Es muss zukünftig eine One-in-one-out-Regel gelten – für jeden neuen bürokratischen Akt muss ein bestehender gestrichen werden.
- d. Neue Gesetze und Rechtsverordnungen sollen nur mit einem begleitenden Evaluationskonzept eingeführt werden dürfen.
- e. Neue Vorschriften sollen einem Probelauf unterliegen und nur bei positiver Evaluation weitergeführt werden dürfen.
- f. Aufbewahrungsfristen müssen verkürzt werden.
- g. Sozialversicherungs- und Betriebsprüfungen sollen in geringerer Frequenz stattfinden.

3. Energieversorgung ausbauen und sichern

Unsichere Energieversorgung und Energieknappheit sind die größten Gefahren für die Zukunft unserer bayerischen Industrie und der Sicherung unseres Wohlstands. Die letzten fünf Jahren waren von einem emotionalisierten Kampf gegen Stromtrassen, den konsequenten Ausbau

der erneuerbaren Energien und unsere zuverlässigen Atomkraftwerke geprägt. CSU und Freie Wähler haben dabei versagt, die Energieversorgung des Freistaats langfristig zu bezahlbaren Preisen zu sichern. Wir brauchen nun eine bayerische Energiestrategie, die mindestens auf den folgenden Punkten fußen muss:

a. Stromnetze und Speicher

- i. Die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) SuedLink und SuedOstLink müssen schnellstmöglich gebaut werden. Sie sind für die Vernetzung der Stromerzeugungszentren in Norddeutschland mit den Verbrauchszentren in Bayern von entscheidender Bedeutung.
- ii. Ebenso muss der Ausbau der Transportsysteme für Erdgas beschleunigt werden. Hierzu gehören Pipelines für Erdgas (sowie perspektivisch Wasserstoff) über den Balkan und von Häfen am Mittelmeer.
- iii. Energiespeicher in Bayern müssen ausgebaut und mit einer bayerischen Speicherstrategie verbunden werden.
- iv. Der Ausbau von Technologien zur Sektorenkopplung (die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft und der Industrie) und zur Speicherung von Stromüberschüssen in Zeiten eines Überangebots (Power-to-X) muss intensiviert werden.
- v. Dezentrale Energieproduktionsanlagen und sogenannte „Microgrids“ – kleine, autarke Energieversorgungsnetze mit verschiedenen Energiequellen und Speichern – sollen besser unterstützt werden.
- vi. Auf kommunaler Ebene müssen die Verteilnetze in eigenständige, aber nicht unabhängige „Microgrids“ weiterentwickelt werden.

b. Steuern und Bürokratie

- i. Die Stromsteuer sowie die Energiesteuern auf Superbenzin, Diesel, Gasöl, Kerosin, Flüssiggas, Erdgas und Heizöl müssen auf das von der entsprechenden EU-Richtlinie zugelassene Minimalniveau gesenkt werden.
- ii. Um die Klimaziele sicher zu erreichen, brauchen wir eine klare Obergrenze für die maximal zulässigen Emissionen und einen CO₂-Preis, der sich am Markt bildet. Dazu setzen wir uns dafür ein, dass der CO₂-Preis in Deutschland nur noch durch den Emissionshandel bestimmt wird. Klimaschutz braucht weder politische Regulierung in allen Lebensbereichen noch ein Klimaschutzgesetz mit jährlichen Sektorzielen, die weder die technologische noch die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen. Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen dem Konzept zufolge zudem wieder an alle Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden. Davon würden insbesondere Menschen mit geringem Einkommen profitieren.

- iii. Wir wollen steuerrechtliche Hürden überprüfen, die einem Ausbau der erneuerbaren Energien im Wege stehen: Landwirte, die ihre ohnehin schon knappen Flächen gewerblichen Pächtern zur Verfügung stellen, dürfen nicht in eine Steuerfalle gelockt werden.
- iv. Wir fordern eine Vereinfachung der Bauvorschriften, um den Ausbau der Photovoltaik-Fassadenintegration nicht durch Bürokratie zu behindern.
- v. Wir fordern vereinfachte und beschleunigte Genehmigungen für den Bau, den Betrieb und die Modernisierung von Windkraftanlagen. Das gilt auch für überzogene Reglementierungen wie etwa die 10-H-Regel, die den Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Siedlungen festlegt. Naturschutzbelange sollen neu bewertet und zu starre Regelungen verändert werden.

c. Erneuerbare Energieträger

- i. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf ungenutzten Flächen muss beschleunigt werden. Ob an Autobahnen, Schnellstraßen, Bahnstrecken, in Industriegebieten, auf privaten und öffentlichen Gebäuden oder geeigneten Brachen: Es gibt viele ungenutzte Flächen, die ohne Einschnitte für die Natur für eine schadensfreie Nutzung freigegeben werden können. Diese verfügbaren Flächen müssen für den Ausbau der Photovoltaik-Infrastruktur effizienter genutzt werden – etwa mit schwimmenden Photovoltaikanlagen auf Stauseen und anderen Oberflächengewässern.
- ii. Bei bestehenden und neuen Gebäudevorhaben muss es neben der Photovoltaik-Dachnutzung auch einen verstärkten Einsatz von Photovoltaik-Fassadenintegration zur Nutzung von Seitenwänden geben.
- iii. Agro-Photovoltaik, bei der Flächen gleichzeitig für die Pflanzen- und die Stromproduktion genutzt werden können, ist eine Chance: Sie kann den wachsenden Bedarf an erneuerbaren Energien mit einem geringeren Flächenverbrauch in Einklang bringen.
- iv. Bayern braucht eine nachhaltige Biomassestrategie: Die Potenziale von Biomasse und dem Anbau von Energiepflanzen sind begrenzt. Die Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas ist jedoch steuerbar und kann in sonne- und windarmen Zeiten flexibel eingesetzt werden. Gleichzeitig birgt Biomasse großes Potenzial für die stoffliche Nutzung in der Industrie und kann dort fossile Rohstoffe ersetzen. Die Deckelung der Biogasanlagen (Höchstbemessungsleistung) muss aufgehoben werden. Die Nutzung von Gülle, Reststoffen und anderen natürlichen Brennstoffen soll gefördert werden. Jede verfügbare Menge an regenerativem Erdgasersatz ist willkommen.

- v. Für die ländlichen Räume spielen Holzpellets und Hackschnitzel als Heizstoffe auch in Zukunft eine wichtige Rolle. Eine Ungleichbehandlung mit anderen Heizträgern lehnen wir ab.
- vi. Wir wollen die gesetzlichen Regelungen in der Abfallwirtschaft dahingehend ändern, dass Biomüll und Grüngut der öffentlichen Abfallentsorgung zur Verstromung genutzt werden kann. Zudem sollten landwirtschaftliche Abfallprodukte (etwa Hackschnitzelreste) restlos eingespeist werden dürfen.
- vii. Der Anteil der Tiefengeothermie an der Energieerzeugung in Bayern muss deutlich gesteigert werden. Aktuell liegt dieser im Freistaat bei weniger als einem Prozent des Primärenergieverbrauchs. Bayern hat jedoch deutschlandweit einzigartige Voraussetzungen für die Nutzung von Tiefengeothermie zur regionalen Wärme- und Stromversorgung. In geeigneten Regierungsbezirken sollen Tiefengeothermie-Bohrrechten an Privatunternehmen und finanzkräftige Kommunen und Landkreise vergeben werden.
- viii. Wo es sinnvoll ist, möchten wir einen umweltverträglichen Zubau neuer Wasserkraftanlagen ermöglichen und von allen Hürden befreien. Stillgelegte Anlagen sollen gegebenenfalls wieder in Betrieb gesetzt werden.

d. Konventionelle Energieträger

- i. Eine Wiederinbetriebnahme der bayerischen Kernkraftwerke muss möglich bleiben, deswegen muss auf den Rückbau verzichtet werden.
- ii. Neue Gaskraftwerke, die auch mit Wasserstoff betrieben werden können, sind notwendig. Das Ziel müssen zusätzlich zum aktuellen Stand mindestens 12 GW an Gaskraftwerkskapazitäten in Bayern sein. Gaskraftwerke sind unverzichtbar für die sichere Versorgung mit Strom und Wärme, wenn Kohlekraftwerke vom Netz gehen.
- iii. Um die Versorgung mit fossilem Gas bis zur Umstellung auf grünen oder blauen Wasserstoff sicherzustellen und von einzelnen großen Lieferanten unabhängiger zu werden, sind umgehend Maßnahmen zur Etablierung und Nutzung von Liquefied Natural Gas (LNG) zu ergreifen.
- iv. Der Markthochlauf für die Nutzung von Wasserstoff muss stärker unterstützt werden. Dafür sind zunächst staatlich integrierte Wasserstoffpilotprojekte von der Erzeugung über den Transport bis zum Einsatz, zum Beispiel in Industrieprozessen, nötig. Die Wasserstoffinfrastruktur sollte dann schnellstmöglich in den Regulierungsrahmen für Gasnetze überführt werden, um gestrandete Investitionen in Infrastruktur zu verhindern und einen

diskriminierungsfreien Zugang und Wettbewerb zu ermöglichen. Dabei dürfen weder bestimmte Herstellungsverfahren (grüner, blauer, türkiser Wasserstoff) ausgeschlossen, noch bestimmte Anwendungsfelder priorisiert werden.

e. Forschung und Innovation

- i. Der Bau von Kernkraftwerken der neuesten Generation muss in Bayern erwogen werden. Schon jetzt ist klar: Der Energiebedarf unserer Gesellschaft wird weiter wachsen. Mit erneuerbaren Energien und Speichern allein wird sich dieser Bedarf nicht wirtschaftlich decken lassen.
- ii. Bayern muss zu einem Kernfusionsstandort werden. Forschungsprojekte zur Kernfusion sind samt ihren möglichen positiven Folgen für Umwelt und Gesellschaft von beispiellosem Potenzial.

4. Stationären Handel stärken

Bayern hat mit die strengsten Ladenschlusszeiten in Europa. Im Zeitalter der Digitalisierung, des Online-Handels und des Wunsches nach mehr Flexibilität im eigenen Leben sind die geltenden Regelungen nicht mehr zeitgemäß: Sie schaffen Wettbewerbsnachteile für den stationären Handel, sie schränken Händler in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Kundinnen und Kunden in ihrer Zeitplanung ein. Da die gesetzlichen Regelungen zur Höchstarbeitszeit nicht ausgeweitet werden, muss bei einem modernen Ladenschlussgesetz keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer längere Arbeitszeiten befürchten. Stattdessen erhalten Beschäftigte neue Verdienstmöglichkeiten durch Nacht- und Feiertagszuschläge. Im Detail sind folgende Maßnahmen wichtig:

- a. Bayern braucht ein eigenes Ladenschlussgesetz, das Händlern wie Kundschaft größtmögliche Freiräume bietet.
- b. Wir wollen neue Wege gehen und die Ladenöffnungszeiten an sieben Tagen in der Woche in die Entscheidungsfreiheit des Einzelhandels geben.
- c. Die Regelungen zu verkaufsoffenen Sonntagen wollen wir ebenfalls anpassen: Ziel ist es, die Möglichkeiten für den Verkauf von Reisebedarf zu erweitern. Verkaufsstellen ohne Personal sollen generell vom sonntäglichen Ladenschluss ausgenommen sein.
- d. Darüber hinausgehende Öffnungen an Sonntagen sollen die Kommunen eigenständig bestimmen dürfen.
- e. Wir setzen uns für eine klare gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes ein. Die in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehene wöchentliche Höchstarbeitszeit soll die tägliche Höchstarbeitszeit ablösen und damit mehr Flexibilität ermöglichen. Die aktuelle Regelung begründet sich historisch und wird den aktuellen Gegebenheiten,

etwa im Gastgewerbe, nicht mehr gerecht. Mehr Ruhetage und verkürzte Öffnungszeiten sind die Folge. Dies ist weder im Sinne der Gäste noch der Betriebe – und auch nicht im Interesse der Angestellten.

5. Mobilisierungsoffensive für Arbeits- und Fachkräfte

Eines der größten Risiken für die wirtschaftliche Zukunft Bayerns ist der wachsende Arbeits- und Fachkräftemangel. Als Einwanderungsland befinden wir uns in einem globalen Wettbewerb um Arbeitskräfte, für den wir aktuell nicht gut aufgestellt sind. Der Arbeits- und Fachkräftemangel im deutschen Arbeitsmarkt ist immens. Er ist für jeden von uns spürbar und sichtbar: in Betrieben, im Gesundheitswesen, im Handwerk, im Mittelstand oder in der Gastronomie. Handwerk, Gastronomie und viele weitere Branchen in Bayern würden ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland schon lange nicht mehr funktionieren. Wir setzen uns deswegen für eine verstärkte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem europäischen und internationalen Ausland ein. Dafür ist mindestens Folgendes erforderlich:

- a. Gezielte Anwerbungsprogramme müssen initiiert werden, etwa über die bayerischen Auslandsrepräsentanzen. Diese sollen neben Fachkräften und Akademikern auch ganz gezielt Auszubildende für Mangelberufe anwerben.
- b. Ausländische Abschlüsse müssen unkomplizierter anerkannt werden. Dasselbe gilt für ausländische Studienleistungen vor dem Abschluss.
- c. Auch ausreichend Deutschkurse müssen angeboten werden.
- d. Mit einer digitalen und bilingualen Verwaltung auf Deutsch und Englisch müssen Migrationshürden für Fachkräfte gesenkt werden.
- e. Die Zulassungs-Höchstgrenzen an Hochschulen von Nicht-EU-Ausländern wollen wir lockern, diese beschränken uns klar im Wettbewerb um qualifizierte Migration.

6. Innovationen und Forschung stärker fördern

Für Bayern als rohstoffarmes Land ist Innovation die einzige Quelle wirtschaftlicher Entwicklung. Deshalb wollen wir den Technologie- und Wissenstransfer aus bayerischen Forschungseinrichtungen in die wirtschaftliche Anwendung mit unserem Ausgründungskonzept verbessern und beschleunigen. So werden aus erfinderischen Köpfen Gründerinnen und Gründer, die wir stärken wollen, damit Innovationen nicht an der Bürokratie scheitern. Aus Technologie entstehen so schneller kommerzielle Produkte, Dienstleistungen und Verfahren. Das sichert Wachstum, Dynamik und Arbeitsplätze in Bayern.

- a. Innovationen müssen gestärkt werden, indem wir Erfinderinnen und Erfindern Ausgründungen erleichtern. Sie sollen das Recht erhalten, ihre neue Technologie in ein Start-up einzubringen, an dessen Erfolg die Forschungseinrichtung später teilhat.
- b. Wir wollen die Innovationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft in Kooperation mit der Wissenschaft stärken: Um die Umsetzung von forschungsintensiven Entwicklungen in innovative Geschäftsmodelle, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren zu beschleunigen, richten wir in räumlicher Nähe von innovativen Forschungsclustern Innovationsräume ein. So wird Innovation insbesondere in der Digitalisierung (Künstliche Intelligenz, Internet of Things, Robotics), der Biotechnologie, der Luft- und Raumfahrt sowie bei Climate- and Clean-Tech gestärkt. Durch die Verdichtung von Forschung, Unternehmen und Wagniskapital erhöhen wir die Innovationsgeschwindigkeit. Durch steuerliche und regulatorische Ausnahmeregelungen schaffen wir Reallabore, in denen Forschende gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern neue Technologien testen und zu Produkten weiterentwickeln können.
- c. Bayerische Hochschulen sollen hochschulgebundene Investitionsfonds erhalten. Der Freistaat zahlt in diesen Fonds eine bestimmte Summe ein, über die die einzelnen Hochschulen frei verfügen können. Damit können sie sich an den Ideen von ihren Studierenden und Professoren bzw. Professorinnen gegründeten Spin-offs und Start-ups beteiligen und ihnen zu einem schnellen Durchbruch verhelfen.
- d. Technologietransferzentren in den Regionen sind auszubauen, um den Transfer von Wissen und Technologie aus den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu befördern.
- e. Jede Hochschule soll einen Innovationsmanager erhalten. Diese sollen in verschiedenen Bereichen Technologiewettbewerbe initiieren, neue Trends identifizieren und dann auch gezielt mit einer Forschungs- und Verwertungsförderung unterstützend zur Seite stehen.
- f. Wir wollen radikale und disruptive Innovationen – bahnbrechende Ideen, die einen Markt grundlegend verändern – in Bayern fördern. Um das zu erreichen, wollen wir die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) durch ein bayerisches Investitionsprogramm im Volumen von mindestens 50 Millionen Euro unterstützen. Der Freistaat Bayern wird die Mittel aus dem Investitionsprogramm gemeinsam mit der SPRIND in disruptive, innovative Ideen aus Bayern investieren. Die Förderung gilt sowohl für Frühphasen-Innovationen als auch für solche, für die eine abgeschlossene Testphase (Proof of Concept) vorliegt. Sie richtet sich an Erfinderinnen und Erfinder und Start-up-Unternehmen. Sie soll auch gezielt private Wagniskapital-Investoren einbinden. Um dies zu ermöglichen, wird sich die bayerische FDP auf Bundesebene dafür einsetzen, der SPRIND solche Direktinvestitionen zu ermöglichen. Ein

besonderer Fokus soll dabei auf einem vereinfachten Finanzierungsprogramm zur Validierung unorthodoxer technischer Ideen mit hohem Realisierungsrisiko abseits vom Mainstream (sogenannte „durchgeknallte Ideen“) liegen. Diese müssen so aufbereitet werden, dass sie für eine Förderung durch die SPRIND in Frage kommen.

- g. Wir fordern eine regulatorische „Sandbox“ für digitale Initiativen. In einer Sandbox (Sandkasten) werden die regulatorischen Anforderungen an digitale Anwendungen auf ein Mindestmaß reduziert. Damit können Applikationen wesentlich schneller und einfacher entwickelt und bei vorausgewählten Bürgern erprobt werden. Denn Start-ups müssen viel Geld darin investieren, neben allen funktionalen auch die vielen hohen regulatorischen Anforderungen umzusetzen, bevor überhaupt der Markt erprobt werden kann. Innerhalb einer Sandbox können die Ideen deutlich schneller und mit weniger privaten Investitionen getestet werden. Wenn die Idee funktioniert, wird es leichter, weitere private Gelder zu mobilisieren, um alle weiteren regulatorischen Anforderungen zu realisieren. Mit dem Sandkastenmodell werden private Investitionen einfacher und sicherer. Die Gründungskultur lässt sich mit diesem Modell ebenso stärken.
- h. Wir müssen mehr Risikokapital in den Freistaat holen. Wir begrüßen daher Initiativen wie „Invest in Bavaria“ oder das Netzwerk „BayStartUP“, die Kontaktpunkte zwischen Kapitalgebern und Gründern bieten. Hier möchten wir anknüpfen und die Rahmenbedingungen für Accelerators, Business Angels und Wagniskapital-Fonds weiter verbessern. Zwar lag Bayern im Jahr 2021 mit rund 4,4 Milliarden Euro Risikokapital auf Platz zwei im Bundesvergleich. Um das Potenzial der Gründerszene aber tatsächlich auszuschöpfen, müssen wir hier noch mehr Kapitalfluss ermöglichen: Deshalb wollen wir gemeinsam mit institutionellen Investoren im Freistaat einen „Bayerischen Zukunftsfonds“ einrichten. Dieser Dachfonds soll hauptsächlich in bestehende oder neu aufzulegende bayerische Venture-Capital-Fonds bzw. Investmentfonds mit digitalem Schwerpunkt investieren.

7. Staatliche Verwaltung schneller und komplett digitalisieren

Die Digitalisierung kommt in Bayern seit Jahrzehnten nur schleppend voran. Dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales fehlt es an Schlagkraft. Es liefert mehr Show und Aktionismus statt Ergebnisse. Um die Stärken einer digitalen Verwaltung endlich auszuspielen und unseren Unternehmen zugutekommen lassen zu können sind mindestens die folgenden Aspekte umzusetzen:

- a. Wir brauchen einen eigenen bayerischen Antragsturbo. Anträge sollen komplett digital eingereicht werden können. Dadurch können diese schnell bearbeitet und beschieden werden. Anträge, die nach einer angemessenen Frist nicht beschieden sind, müssen

- als genehmigt gelten; alternativ müssen Betroffene ein Recht auf Entschädigung erhalten.
- b. Bei der Digitalisierung der Behörden müssen die internen Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden. Das mehrfache Erfassen von Daten und das Verschieben von Papierdokumenten muss so bald wie möglich der Vergangenheit angehören.
 - c. Um eine breite digitale Abbildung aller Prozesse in den Kommunen und auf Landesebene zu erreichen, wollen wir verstärkt auf moderne Ansätze nach dem Baukastenprinzip (modellbasierte Entwicklung, LowCode) setzen. Um Low-Code-Systeme für die öffentliche Verwaltung nutzbar zu machen und den Wettbewerb zu organisieren, wollen wir als Rahmenbedingungen für entsprechende Ausschreibungen die Nutzung gemeinsamer Standards und Softwaremodule definieren.
 - d. Wir fordern, das „Once-Only“-Prinzip umzusetzen, dem zufolge Daten im Umgang mit Behörden nur einmal digital erfasst werden müssen. Diese Daten können die Behörden immer wieder verwenden und auch die Weiterleitung zwischen anderen Behörden zulassen. Damit wollen wir Verwaltungsverfahren nach den Anliegen der Antragstellenden strukturieren, statt wie bisher nach der Zuständigkeit der Ämter.
 - e. Mit einer Anlaufstelle (One-Stop-Shop) für die Antragsteller soll die Befassung der zuständigen Behörden koordiniert werden.
 - f. Bayerns Förderprogramme sollen vollständig digitalisiert werden. Der integrierte digitale Prozess muss den Antrag, die Bearbeitung und den Bescheid ebenso umfassen wie die Erstellung und Auswertung von Verwendungsnachweisen, die Auszahlung von Darlehen oder Zuschüssen sowie die Ausweisung von Bürgschaften.
 - g. Förderprogramme sollen kleine und mittlere Unternehmen in ihrer technischen Geschäftsmodellentwicklung mit Darlehen, Zuschüssen und Bürgschaften stärken. In der Praxis dauert die Bearbeitung von Förderanträgen aber oft zu lange. Dadurch können den Antragstellern Chancen entgehen. Digitale Verfahren sind kürzer und transparenter. Bei der Prüfung können Künstliche Intelligenz und semantisch-linguistische Algorithmen eingesetzt werden. Ziel ist es, Bescheide sofort nach Eingabe der erforderlichen Angaben zu erteilen. Dann können Antragsteller ohne Zeitverzögerung mit ihren Vorhaben beginnen.

8. Planungs- und Genehmigungsverfahren radikal beschleunigen

Wir möchten auch zukünftig notwendige Infrastruktur-Großprojekte anstoßen. Damit das auch mit dem Rückhalt der Bevölkerung gelingt, sind umfangreiche Änderungen nötig. Es gilt, Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen, ein dynamisches Kostencontrolling einzuführen und mittels einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform eine transparente und

frühzeitige Einbindung der Bevölkerung vor Ort zu ermöglichen. Nicht selten scheitern Infrastrukturprojekte am Protest der betroffenen Bevölkerung – oftmals mangelt es dabei an einer offenen und transparenten Kommunikation ebenso wie an der aktiven und frühzeitigen Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Skandale und Misstrauen wie bei der zweiten Stammstrecke in München oder dem ICE-Instandhaltungswerk in Nürnberg legen offen, dass sich etwas ändern muss!

9. Konventionelle und digitale Infrastruktur massiv ausbauen

Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Steigende Nutzung, neue technische Möglichkeiten, demografische Veränderungen und vieles mehr verändern die Anforderungen an unsere Infrastruktur laufend. Für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Bundeslandes ist es von immenser Bedeutung, hier schrittzuhalten und die Bedürfnisse von Unternehmen zu berücksichtigen. Dies gilt sowohl für die konventionelle wie auch die digitale Infrastruktur. Beide müssen zeitnah intensiviert ausgebaut werden, damit Bayern als Wirtschaftsstandort auf Dauer attraktiv bleibt. Dazu gehören mindestens die folgenden Aspekte:

a. Konventionelle Infrastruktur

- i. Der Investitions- und Sanierungsstau im bayerischen Straßennetz muss gelöst werden. Wir setzen uns für eine stetige Modernisierung der Straßeninfrastruktur und den Ausbau von intelligenter Verkehrsführung ein. Ein generelles Tempolimit sowie Fahrverbote lehnen wir ab. Die bereits in der Vergangenheit vorgekommene Verschleppung von Instandhaltungsmaßnahmen führt zu kostenintensiven Reparaturen und verhindert eine nachhaltige Bewirtschaftung.
- ii. Das Auto ist auch künftig ein notwendiger Bestandteil des Mobilitätsmix. Die Elektromobilität ist aus unserer Sicht für den Individualverkehr essenziell, aber nicht die alleinige Lösung. Stattdessen streben wir innovative und technologieoffene Lösungen bei den Antriebsformen an. Eine Verzerrung des Wettbewerbs durch ungleiche Förderausstattungen wollen wir ausschließen.
- iii. Den Ausbau von Infrastruktur, wie etwa Ladesäulen und Wasserstofftankstellen, möchten wir forcieren: An Staatsstraßen, wichtigen Verkehrsknoten, Behördenparkplätzen sowie in Dorf- und Stadtzentren müssen Schnellladesäulen mit interoperablen Bezahlstrukturen gebaut werden. Für einen attraktiven Umstieg auf batteriebetriebene Fahrzeuge ist die Schaffung einer unkomplizierten und überall verfügbaren – bevorzugt privat betriebenen – Ladeinfrastruktur wichtig.

- iv. Im Sinne des Klimaschutzes ist es unser Ziel, bis 2030 30 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern. Um das zu erreichen, müssen die Kapazitäten durch einen Ausbau der Bahnstrecken in Bayern erhöht werden. Im Rahmen der Verträge mit unseren europäischen Partnern wollen wir den Ausbau der Haupt- und Zulaufverbindungen zu transeuropäischen Trassen zügig vorantreiben.
- v. Für uns hat der Ausbau des bayerischen Schienennetzes im Regional- und Fernverkehr höchste Priorität. Wir setzen uns für ein Vorantreiben des Bahnprojektes Ulm-Augsburg sowie für eine beschleunigte Genehmigung und den sofortigen Einstieg in die Raumordnungs- und Planungsverfahren für den Brennernordzulauf ein.
- vi. Wir wollen die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken in Bayern voranbringen – und das über den aktuellen Bundesverkehrswegeplan hinaus. Nicht elektrifizierte Strecken sind ein Hindernis für einen flächendeckenden und flexiblen Schienenverkehr. Nur mit dem Ausbau der Elektrifizierung lassen sich ein klimaneutraler Eisenbahnverkehr in Bayern und die Einhaltung der nötigen Kapazitätsziele erreichen. Wo eine Elektrifizierung nicht sinnvoll oder möglich ist, setzen wir auf den Einsatz von alternativ angetriebenen Zügen, beispielsweise mit Wasserstoff.
- vii. Wir wollen den Flughafen München deutlich effizienter an die Schiene anbinden. Daher fordern wir einen Fernbahnhof für ICE und IC am Flughafen München – mit einer Fernverkehrsanbindung nach Augsburg und weiter Richtung Ulm und Stuttgart. Eine ähnlich gute Anbindung wollen wir vom Airport nach Ingolstadt und Nürnberg einrichten.
- viii. Ebenso soll kurzfristig eine Expressverbindung (City-Airport Train) vom Flughafen in die Landeshauptstadt München entstehen. Dazu soll eine neue Expresstrecke vom Autobahndreieck Feldmoching entlang der A92 bis kurz vor der Ausfahrt Freising Süd gebaut werden, hier soll auch ein Fernverkehrskreuz am Flughafen mit den Schnellfahrstrecken Prag-München und Nürnberg-Salzburg geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Neubaustrecke zwischen Ingolstadt und München geprüft werden.

b. Digitale Infrastruktur

- i. Wir wollen die Kompetenzen für die digitale Transformation in einem Staatsministerium bündeln und einen Digitalausschuss im Landtag etablieren. Dieses Staatsministerium soll die Federführung in sämtlichen Bereichen der Digitalisierung in Bayern erhalten.

- ii. Die Mittel für das Förderprogramm Digitalbonus sollen erhöht werden und auch den freien Berufen zur Verfügung stehen. Denn die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen muss weiter zügig voranschreiten. Diese Mittel sind aktuell oft rasch ausgeschöpft.
- iii. Der Breitbandausbau im Freistaat muss noch schneller vorangetrieben werden. Das 5G-Netz und der Glasfaserausbau bis in die Wohnung liegen aktuell noch weit hinter den Erwartungen zurück. Wir setzen hierbei auf den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau: Es wird zukünftig nur dort gefördert, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht zu erwarten ist. Bayern setzt sich demnach für eine Priorisierung der Fördermittel gemäß der Potenzialanalyse des Bundes ein.
- iv. Auch die 5G-Abdeckung muss beschleunigt werden. Wesentlich ist hier im Flächenland Bayern insbesondere das Schließen von „weißen Flecken“. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Aktualisierung der Mobilfunkförderung und für Negativauktionen ein, um ein flächendeckend schnelles Mobilfunknetz zu erhalten.
- v. Wir fordern ein Gesamtkonzept zum flächendeckenden Mobilfunk- und Breitbandausbau. Hierzu sollen Gigabit-Gutscheine in Bayern eingeführt und die Möglichkeiten von Satelliteninternet berücksichtigt werden. Gigabit-Gutscheine sind eine finanzielle Unterstützung für private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen bei der Errichtung eines Glasfaserhausanschlusses.
- vi. Wir setzen uns für eine Förderung der Schmalbandvernetzung ein. Denn nicht für alle Anwendungsfälle ist eine Hochgeschwindigkeitsverbindung erforderlich: So werden etwa für das Internet der Dinge (vernetzte und intelligente Geräte, Sensoren und Maschinen) viele kleine Sensoren eingesetzt, die nur wenige Daten austauschen müssen. Auch in der Land- und Forstwirtschaft kommen häufig Geräte zum Einsatz, die nur kleine Datenmengen übertragen müssen. Hierfür wäre es unverhältnismäßig, eine gleiche Dichte von Funkmasten wie in der Stadt aufzubauen.

10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt oft entscheidend von Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder ab. Für die Eltern bedeuten also mehr Kinderbetreuungsplätze eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was wiederum die Teilhabe am Arbeitsmarkt in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels verbessert. In den letzten Jahren hat die Bayerische

Staatsregierung viele Versprechungen diesbezüglich gemacht – doch die Situation hat sich nicht gebessert. Nun sind folgende Schritte zeitnah nötig:

- a. Konventionelle Infrastruktur-Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten, Horten, Häusern für Kinder, Mini-Kitas und der Kindertagespflege müssen bedarfsgerecht und wohnortnah ausgebaut werden.
- b. Wir brauchen Investitionsprogramme für die Kommunen und eine Fachkräfte-Offensive in der Kinderbetreuung. Wir brauchen entschiedene Schritte zur Fachkräftesicherung in Kindertagesstätten, Kindergärten und Horten:
 - i. Wir wollen zum einen das Fachpersonal von Verwaltungstätigkeiten entbinden, sodass es sich voll und ganz um ihren eigentlichen Beruf kümmern kann. Für Verwaltungstätigkeiten ist keine Erziehungsfachkraft nötig.
 - ii. Zum anderen wollen wir dem Fachkräftemangel dadurch begegnen, dass die Ausbildung zur Fachkraft in einer Kita angemessener vergütet wird.
 - iii. Auch müssen ausländische Abschlüsse schneller anerkannt werden und gezielte Anwerbeaktionen im Ausland stattfinden.

11. Bildung auf allen Ebenen stärken – zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Bayern

Ein vielfältiges Bildungssystem wird zu einem wichtigen Standortvorteil, wenn es den Schulen größtmögliche Freiheit in der Gestaltung lässt und diese mit der Verantwortung für die Ergebnisse verbindet. Das ist eine wichtige Investition in die erfolgreiche Zukunft unserer Kinder wie auch in unsere Wirtschaft. Die Rahmenbindungen in der beruflichen Bildung müssen ebenfalls verbessert werden. Die FDP Bayern fordert daher:

- a. Alle Schulen sollen mehr Gestaltungsfreiheit erhalten, zum Beispiel bei der Profilbildung, ihrem Budget sowie der Entscheidung, welche Lehrer sie einstellen wollen und wie sie diese bezahlen möchten.
- b. Die Autonomie der Schulen ist durch Bildungsgutscheine und einen kooperativen Wettbewerb zu erhöhen.
- c. Lehrer sollen durch ein attraktives Vergütungssystem mit Leistungsanreizen für Engagement und Erfolge belohnt werden.
- d. Das Thema „Selbstständigkeit und Unternehmertum“ ist in den Lehrplänen fest zu verankern und soll neben dem Unterricht auch in Projekten und Planspielen gemeinsam mit Unternehmen vermittelt werden.

- e. Wir fordern den Ausbau regionaler Ausbildungs- und Berufsinnovationszentren (ABI-Zentren) mit technologischem Zukunfts-Know-how. Zweck der Ausbildungszentren ist die Berufsschulbildung verwandter Berufsgruppen sowie die berufliche Weiterbildung an einem Ort im Blockunterricht. Die ABI-Zentren sollen modernstes Wissen und Technologien auf interaktive, praxisorientierte und erlebnisreiche Weise vermitteln. So wird die Berufsschule zum Zukunftspartner der dualen Ausbildung.
- f. Wir wollen den Meisterbonus weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Meister und jede Meisterin – analog dazu auch alle Berufstätigen mit einem gleichwertigen Berufsabschluss – nach bestandener Prüfung die vollen Kosten für die berufliche Weiterbildung erstattet bekommt.
- g. Wir wollen die Begeisterung des Nachwuchses für Berufswege in Mittelstand und Handwerk fördern. Daher setzen wir uns für die konsequente Verankerung der Berufsorientierung an den Schulen ein. Dazu zählen Mechanismen wie die ausführliche Behandlung von Berufschancen sowie differenzierte Ausbildungswege und -ziele. Praktische Erlebnisse in Unternehmen vor Ort oder mit den Unternehmen in den Schulen müssen selbstverständlich werden. Neue Formate wie „Parents Days“, Unternehmenstage für Schülerinnen und Schüler oder die Einführung von Zukunfts-Coaches an den Schulen können die Berufsvielfalt aufzeigen. Vorhandene Körperschaften, wie etwa die IHK und HWK, sollen aktiver in den Schulalltag integriert werden.
- h. Wir fordern die Öffnung von Stipendien der politischen Begabtenförderungswerke auch für Auszubildende. Zudem setzen wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den politischen Begabtenförderungswerken im Bereich der politischen Weiterbildungsangebote ein.
- i. Mit einem Modellprojekt zur Modularisierung bestimmter Ausbildungen soll ein vollwertiger Berufsabschluss auch durch die Absolvierung einzelner Module ermöglicht werden. So wird Menschen ohne Abschluss und Zuwanderern durch das Nachholen fehlender Module das Erreichen eines vollwertigen Berufsabschlusses ermöglicht.
- j. Durch stärkere Anreize soll das Angebot von Teilzeitausbildungen ausgeweitet werden, sodass auch Personengruppen, die keiner Vollzeitausbildung nachgehen können (bspw. Alleinerziehende) ein vollwertiger Abschluss ermöglicht wird. Zudem ist die Bundesagentur für Arbeit stärker beim Programm „Zukunftsstarter“ zu unterstützen, damit Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren das Nachholen eines Abschlusses in einer regulären Ausbildung ermöglicht wird.